

26.09.2018

Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht

des Rechtsausschusses

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3587

2. Lesung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen

Berichterstatter

Abgeordneter Dr. Werner Pfeil

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - Drucksache 17/3587 - wurde abgelehnt.

Datum des Originals: 26.09.2018/Ausgegeben: 02.10.2018 (28.09.2018)

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Durch Beschluss des Plenums vom 19. September 2018 wurde der Gesetzentwurf zur alleinigen Beratung an den Rechtsausschuss überwiesen.

Die Fraktion der AfD beabsichtigt mit diesem Gesetzentwurf die aus Sicht der Verfasser bestehenden Lücken hinsichtlich des Grundrechtsschutzes und des allgemeinen Persönlichkeitsrechts Betroffener im Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen (PUAG) zu beheben. Diese Rechte des Betroffenen gelten nicht nur für die Beweiserhebungen durch den Untersuchungsausschuss, sondern für das gesamte Untersuchungsverfahren bis hin zum Abschlussbericht. Daher sollte insbesondere § 32 PUAG geändert werden.

B Beratungsverfahren

Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 22. Sitzung am 26. September 2018 (Ausschussprotokoll 17/382) erstmalig und sogleich abschließend beraten.

C Abstimmung

Am 26. September 2018 hat sich der Rechtsausschuss mit dem Gesetzentwurf abschließend befasst und diesen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

Dr. Werner Pfeil
- Vorsitzender -